

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

14.9.1932 (No. 215)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedel-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Hollschellente
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsstichtag erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Öffentliche Arbeiten in Baden im Jahre 1932

Der badische Staatspräsident beim Reichskanzler

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:
** Der badische Staatspräsident hat gestern, Dienstagmorgen, den Reichskanzler aufgesucht und mit ihm eine Reihe von Fragen, die das Land Baden betreffen, besprochen. In erster Linie wurde der Plan einer Autostraße Mannheim-Heidelberg-Frankfurt erörtert, welche mit einem Kostenaufwand von 8 Millionen Reichsmark gebaut werden soll. In dieser Aufwendung sind 75 Prozent Arbeitslöhne enthalten. Finanzielle Aufwendungen durch Reich und Länder sind hierzu nicht notwendig, es bedarf lediglich der Zustimmung des Reiches dafür, daß für die Benutzung der Autostraße besondere Gebühren erhoben werden dürfen. Hierzu hat der Reichskanzler seine Zustimmung gegeben.

Des Weiteren hat der badische Staatspräsident dringlich um eine besondere Zuwendung gebeten für die Kliniken in Heidelberg und Freiburg. Hierfür sind Zuschüsse aus dem Grenzlandfonds, der 50 Millionen Reichsmark beträgt, erforderlich. Der Reichskanzler hat eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zugesagt.

Des Weiteren schreibt uns die Pressestelle beim Staatsministerium noch:

** Die badische Regierung widmet der drängenden Frage der laufenden Arbeitsbeschaffung die größte Aufmerksamkeit. Sie ergreift jede Gelegenheit, um die in Baden besonders große Arbeitslosigkeit zu mildern, und für Beschaffung von Arbeit zu sorgen. Daß dies in der gegenwärtigen Krisenzeit nicht leicht ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Denn die Frage der Arbeitsbeschaffung ist zugleich eine finanzielle Frage. Gleichwohl ist es gelungen, auf den verschiedensten Gebieten durch direkte oder indirekte Beteiligung der öffentlichen Hand die nachstehend aufgeführten öffentlichen Arbeiten zur Ausführung zu bringen:

Straß- und Wasserbauten

Hier kommen in Betracht die im Jahre 1931 begonnene Rheinregulierung Kehl-Itzenheim, für welche eine Bauzeit von 10 Jahren vorgesehen ist; ferner die Kinzigverlegung bei Kehl, die vor ihrem Abschluß steht, und schließlich eine Reihe von Arbeiten zur Unterhaltung der Rheinwasserstraßen und der Binnenschiffe. Insgesamt ist hierfür für das Jahr 1932 ein Betrag von etwa 9 Millionen Reichsmark vorgesehen.

Kraftwerk- und Kanalbauten

An Kraftwerk- und Kanalbauten befinden sich innerhalb des Landes Baden in der Ausführung das Schluckkraftwerk, das Rheinkraftwerk Albrunn-Dogern, der Ausbau der Redarkaufstufe Rodenau und an der badisch-bayerischen Grenze im Rahmen der Mainkanalisierung die Errichtung der Staustufe Freudenberg. Im Laufe dieses Jahres soll noch im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Ausbau der Redarkaufstufe bei Guttenbach und Redarkammern im Amtsbezirk Rosbach mit einem Gesamtaufwand von 4 Millionen Reichsmark in Angriff genommen werden.

Landstraßenunterhaltung

Für die Landstraßenunterhaltung ist ein Betrag von 7,8 Millionen Reichsmark vorgesehen, wobei im Rahmen

Geld, das Arbeit schaffen könnte

Eine Milliarde Reichsmark noch gehamstert
Es wird uns geschrieben:
Von allen Seiten wird die Forderung nach energischer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben. Arbeitsbeschaffung ist wirklich die wichtigste und dringendste Aufgabe, für die alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen. Die Aktion der Steueranrechnungsscheine ist eine der Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Belebung führen sollen. Auf die verschiedenste Weise wird versucht, die Geldmittel zu beschaffen, die unentbehrlich sind, um die Belebung der Wirtschaft zu finanzieren.
Zu gleicher Zeit aber liegen gewaltige Summen Geld brach, die, wenn sie in der Wirtschaft tätig wären, mehr als einer Million Arbeitslosen wieder Arbeit geben könnten. Nach zuverlässigen Berechnungen ist die Summe der Gelder, die gegenwärtig noch zurückgehalten oder gehamstert werden, auf über

des Arbeitsbeschaffungsprogramms Arbeiten im Gesamtbetrag von 2,8 Millionen Reichsmark enthalten sind.

Landeskulturarbeiten

An Landeskulturarbeiten einschließlich Feldbereinigungen wurden seit 1931 Arbeiten im Gesamtbetrag von 2,7 Millionen Reichsmark beendet oder begonnen; in Vorbereitung befinden sich Arbeiten im Gesamtbetrag von 3 Millionen Reichsmark, wovon auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm ein Betrag von 500 000 RM. entfällt.

Größere Bauten bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Im Bereich der Reichsbahndirektion Karlsruhe kommen an größeren Bauten des Jahres 1932 in Betracht: Die Fortführung und Vervollendung der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen, der Beginn der Bauarbeiten zur Verlegung der Sternwaldbahn bei Heidelberg-Karlsbad, der Bau des Stenwaldbunnels bei Freiburg, die Fortführung der Bauarbeiten in Sattlingen zum Anschluß an die Linie von Tuttlingen, die Fortführung der Tunnelarbeiten an der Schwarzwaldbahn, die Wiederaufnahme der Bauarbeiten auf der Neubausstrecke Bad Peterstal-Griesbach, die Umbauten einer Reihe von Brücken und einige Hochbauarbeiten. Aber den Beginn der Arbeiten zum Bau der Rheinbrücke bei Magau wird demnächst die Entscheidung getroffen.

Notstandsarbeiten für die Gewerkslosen

Für die Durchführung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Erwerbslosen wurden vom Oktober 1931 bis Ende Juli 1932 Zuschüsse gewährt:

- a) aus Mitteln der Reichsanstalt für 69 Maßnahmen mit rund 173 000 Tagewerken,
- b) aus Mitteln des Landes für 61 Maßnahmen mit rund 124 600 Tagewerken.

Bei den letzteren Maßnahmen handelt es sich um die Förderung von Notstandsarbeiten, bei denen in der Hauptsache verheiratete Wohlfahrtsverwerbslose zur Beschäftigung kommen.

Eine Reihe von größeren Notstandsmaßnahmen erhielten neben der Gewährung von Zuschüssen noch eine zusätzliche Förderung durch Gewährung von Darlehen aus Mitteln des Landes und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. Berlin. Darunter befinden sich u. a. die Verbesserung des Unterlaufs der Kinzig mit 12 000 Tagewerken, der restliche Teil der Arbeiten beim Ausbau des Schluckkraftwerks mit 27 000 Tagewerken, die Enzkorrektur bei Pforzheim mit 18 000 Tagewerken, die Dorkorrektur bei Baden-Baden mit 19 500 Tagewerken und schließlich die Verlegung der Sternwaldbahn bei Heidelberg-Karlsbad mit 80 000 Tagewerken. Die letztere Arbeit erstreckt sich auf zwei Baujahre und wird dieser Tage in Angriff genommen.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Im Bereich des Landes Baden wurden bis jetzt durch das Landesarbeitsamt Süddeutschland 269 Maßnahmen gefördert, die im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden.

eine Milliarde Reichsmark zu schätzen. Dieses Geld liegt verstreut in Kassen, Truhen und an anderen mehr oder weniger unsicheren Orten. Man sollte nicht glauben, daß die Besitzer in solchen Verstecken ihr Geld für sicher und gut aufgehoben halten. Statt es bei den berufenen Sparinstituten einzuzahlen, halten manche Leute das Geld zurück, nicht beachtend oder nicht wissend, wie sehr sie dadurch sich selbst und die Gesamtheit schädigen.

Das Geld, das bei den Sparbanken eingezahlt ist, schafft als Kredit in der Wirtschaft Arbeit und Erwerb. Je mehr Geld eingezahlt wird, desto mehr Darlehen können zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben und Unternehmungen und damit zur Arbeitsbeschaffung gegeben werden. Geld, das nur irgendwo in einem Winkel aufgehoben liegt, ist für die Wirtschaft tot, es fehlt bei der Arbeitsbeschaffung. Das mögen jene bedenken, die Geld, obwohl sie es im Augenblick gar nicht brauchen, zu Hause behalten, statt es bewährten Geldinstituten anzubereitern.

* Herr von Papen und das Parlament

Was sich in den letzten Tagen in Berlin abgespielt hat, ist wohl nichts anderes, als die planmäßig gewollte Verabschiedung des parlamentarischen Systems. Und, da unsere gesamte Reichsverfassung auf diesem System beruht, müßte das Ganze praktisch auch auf eine Verabschiedung der Verfassung hinauslaufen. Einstweilen ist diese Verfassung dem Buchstaben nach noch gerade gewahrt worden, allerdings nur auf der Grundlage einer Interpretation, die von der erdrückenden Mehrheit des Parlaments bereits als verfassungswidrig bezeichnet wird.

Der bekannte Artikel 48 der Reichsverfassung verpflichtet in seinem dritten Absatz den Reichspräsidenten, Notverordnungen auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. Selbstverständliche Voraussetzung dabei ist, daß überhaupt ein Reichstag vorhanden ist. Wenn man also den frisch gewählten Reichstag bereits deshalb auflöst, weil die Gefahr besteht, daß er von einem verfassungsmäßigen Recht, nämlich dem des Artikels 48 Abs. 3, Gebrauch macht, dann wird damit praktisch das Parlament und mit ihm das parlamentarische System aus dem Verfassungsleben ausgeschaltet. Die Möglichkeit neuer Wahlen vermag praktisch an dieser Ausschaltung auch nichts mehr zu ändern, da ja die Reichsregierung auch den zukünftigen Reichstag sofort wieder durch den Reichspräsidenten auflösen lassen kann, wenn er Anstalten treffen sollte, der Politik der Reichsregierung zu opponieren. Und so könnte das Spiel ad infinitum fortgesetzt werden.

Rein dem Buchstaben nach, würde dabei die Reichsverfassung nicht einmal verletzt werden. Denn nach Artikel 25 hat nun einmal der Reichspräsident das Recht, den Reichstag aufzulösen. Und, wenn die Reichsregierung dann die von der Verfassung vorgeschriebene Neuwahl innerhalb der gebotenen 60 Tage stattfinden läßt, und der neugewählte Reichstag innerhalb der vorgeschriebenen Frist zusammentritt, geschieht der Verfassung Genüge. Nur eben muß es sich derselbe Reichstag gefallen lassen, unter Umständen schon am ersten Tage seines Zusammentritts nach Artikel 25 aufgelöst zu werden. Und so fort!

Und wie ist es, um in diesem Zusammenhang auch darauf einzugehen, mit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten? Der Reichspräsident kann auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden; der Beschluß des Reichstags erfordert Zweidrittelmehrheit. Also auch hier muß es der Reichstag sein, der das entscheidende Wort spricht. Wenn aber jedes neugewählte Parlament, das nicht den Beifall der Reichsregierung findet, immer wieder aufgelöst wird, gibt es praktisch keine Möglichkeit, um überhaupt irgend etwas zu unternehmen.

Reichskanzler von Papen hat in seiner Rundfunkrede vom 12. September selbst zu erkennen gegeben, daß er und sein Kabinett in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten in der Tat eine Verfassungsreform anstreben, in deren Rahmen das parlamentarische System keinen Platz mehr hätte. Herr von Papen will die Frage der Verfassungsreform allerdings nicht überleiten und sie nur in Übereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen. Wie er sich diese Reform denkt, hat er ausführlich nicht gesagt. Er hat nur erwähnt, daß eine Heraufhebung des Wahlalters nötig sei, daß „der Aufbau der Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden sollte“, daß eine organische Verbindung der preussischen Regierung mit der des Reiches herbeigeführt werden müsse, daß aber diese Neuordnung die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten werde.

Und für sich genügt ja auch die Erwähnung dieser Punkte, um zu zeigen, mit welcher tiefgreifenden Plänen sich das Reichskabinett trägt. Der Satz, daß „der Aufbau der Volksvertretung organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden sollte“, wird — und wohl mit Recht — von der Öffentlichkeit so verstanden, daß ein nach Parteien sich zusammensetzendes Parlament überhaupt nicht mehr gebildet werden soll, sondern eine Kammer, die sich auf der Basis einer berufständischen Gliederung zusammensetzt, der Reichsregierung gegenüber aber kein Abfertigungsrecht hat. Es wäre das die

Übertragung des von Mussolini in Italien eingeführten Korporativsystems auf Deutschland.

Wie derartige Pläne verwirklicht werden sollen, hat Herr von Papen in seiner Rundfunkrede nicht gesagt. Zu ihrer Verwirklichung könnte es auf dem Boden der jetzt gültigen Reichsverfassung nur dann kommen, wenn sich im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit dafür fände. Nicht einmal die Heraushebung des Wahlalters kann ohne Zustimmung des Reichstags verfügt werden. Denn es ist ein Artikel der Reichsverfassung, nämlich der Artikel 22, welcher ausdrücklich das Wahlalter von 20 Jahren festlegt.

Die Frage, wie Herr v. Papen weiter regieren will, wie er die von ihm geplanten Änderungen durchzuführen gedenkt, ist denn auch als die große Schicksalsfrage zu betrachten, unter deren Zeichen unser ganzes politisches Leben zur Zeit steht. Und sie ist schon allein deshalb von furchtbarem Ernst, weil jeder einsehen muß, daß die von Herrn von Papen gewollte Verfassungsreform sich auf der Basis der jetzt geltenden Verfassung wohl fürs erste überhaupt nicht verwirklichen läßt, daß also nur der Staatsstreich übrig bliebe, wenn man bei jenen Plänen beharrt. Die Abstimmung im Reichstag am 12. September hat gezeigt, daß 512 Abgeordnete gegen das Kabinett sind, und nur 42 Abgeordnete (die der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei) dafür, bei 5 Stimmen Enthaltung. Der Standpunkt dieser erdrückend großen Parlamentsmehrheit ist am schärfsten und konsequentesten von der Zentrumspartei formuliert worden, in einem Aufruf, mit welchem sie sich gestern an das deutsche Volk gewandt hat. (Schluß folgt.)

Der Kampf Deutschlands um die Gleichberechtigung

England strebt Vermittlung durch Konferenz an

W.B. Paris, 14. Sept. (Tel.) Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in London berichtet seinem Blatte, daß MacDonald einen Kompromißvorschlag vorbereitet, der Berlin wie Paris in der Frage der Gleichberechtigung zufriedenstellen soll. Möglicherweise würde die englische Mitteilung nicht auf gewöhnlichem, diplomatischem Wege erfolgen, sondern bei einer Konferenz. Die englische Regierung gehe deutlich die Meinung, die Zukunft der Weltkriege für diese Verhandlungen abzulehnen, und halte in diesem Falle eine Konferenz englischer, französischer, deutscher, italienischer, amerikanischer, belgischer, japanischer und wahrscheinlich auch polnischer Delegierter für zweckmäßig.

W.B. London, 14. Sept. (Tel.) Über die Form einer britischen Intervention in der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheit in der Rüstungsfrage haben gestern, wie „Daily Telegraph“ meldet, MacDonald, Sir John Simon und Beamte des Foreign Office Beratungen abgehalten. Es solle versucht werden, eine geeignete Formel auszuarbeiten, um die deutsche Forderung nach gleicher Rechtsstellung mit der französischen Forderung nach praktischen Sicherungen gegen eine umfangreiche Aufrüstung der ehemaligen Feindmächte in Übereinstimmung zu bringen. Diese Formel könne schwerlich vor Ende der Woche fertiggestellt werden. Wenn also nicht irgend ein ernstes Zwischenfall eintrete, werde die britische Regierung vor dem Wochenende im Ausland keine aktiven Schritte tun.

Der Korrespondent schließt: In britischen amtlichen Kreisen herrscht keine Neigung, Zeit mit juristischen Epischindigkeiten zu vergeuden. Es wird hervorgehoben, daß der Völkerbundsrat nicht die zur Führung der Verhandlungen am besten geeignete Körperlichkeit wäre. Die hierzu berufene Körperlichkeit würde umfassen die Haupturheber des Versailler Vertrages und Deutschland.

Beunruhigung in Genf

Die Nachrichten, wonach Deutschland voraussichtlich keine Delegation an die am 21. September in Genf stattfindende Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz schicken werde, hat in Völkerbundskreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Man bedauert — wie gemeldet wird — sowohl „die intransigente Haltung der deutschen Regierung“ als auch das mangelnde Entgegenkommen Frankreichs und spricht die Hoffnung aus, daß die anlässlich der bevorstehenden Völkerbundsversammlung in Genf stattfindenden Besprechungen der Minister der europäischen Großmächte zu einer Lösung der von deutscher Seite gestellten Forderungen nach Gleichberechtigung führen werde, die für Deutschland annehmbar ist.

Im allgemeinen besteht die Auffassung, daß eine Änderung der Militärklausel des Versailler Vertrages unumgänglich ist, wenn die im Weltkrieg unterlegenen Völker zu einer vertrauensvollen Arbeit mit den übrigen Mächten gelangen sollen und der Weltfrieden auf solide Grundlage gestellt werden soll. Ein definitives Fernbleiben des Deutschen Reiches von den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz würde für deren Erfolg zweifellos nachteilige Folgen haben und möglicherweise zu einem vorläufigen Scheitern der Abrüstungsbesprechungen führen.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident Ehrenbürger von Nürnberg. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, und nahm aus dessen Händen den Ehrenbürgerbrief der Stadt Nürnberg entgegen.

Dann Rundfunkkommissar des Reichsministeriums des Innern, Ministerialrat Scholz, ist im Einvernehmen mit der Parteileitung aus der NSDAP. ausgetreten.

Oskar Daubmann in Berlin. Oskar Daubmann ist auf Veranlassung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener am Dienstag in Berlin eingetroffen, wo er durch den Leiter der Vereinigung vernommen wird. Man hofft, einige Widersprüche klären zu können. Sollte dies gelingen, so würde man Daubmann zur reiflichen Entwirrung des Falles einen Lokaltermin in Afrika zugehen müssen.

Billa Mendena bei Trient (Südtirol) wurde von einem Großfeuer heimgesucht, dem 50 Häuser zum Opfer fielen. 400 Menschen sind obdachlos geworden.

An der Mündung des Galt-River wurde eine weitere Anzahl von Leichen angetrieben, die als Berunglückte des untergegangenen Fährbootes „Observation“ identifiziert werden konnten. Die Zahl der festgestellten Todesopfer der Katastrophe hat sich damit auf 64 erhöht.

Letzte Nachrichten

Das Reichskabinett berät

Der Termin der Neuwahlen

W.B. Berlin, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute früh 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die der Besprechung der politischen Lage gilt. Ein Berliner Mittagsblatt vermutet, daß dabei bereits der Termin der Neuwahlen festgesetzt wird. Diese Auffassung wird in unterrichteten Kreisen jedoch bezweifelt. Man nimmt vielmehr an, daß die Reichsregierung zunächst die weitere Entwicklung abwartet, ehe sie den Zeitpunkt der Wahl bestimmt. Als aussichtsreichstes Datum gilt weiter der 6. November.

In der heutigen Kabinettsitzung wird natürlich vor allem der Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten besprochen. Der Kanzler hat hierüber eine Reihe von Unterredungen mit dem Reichspräsidenten gehabt. Es besteht auf der Seite der Reichsregierung nicht die Absicht, sie fortzusetzen; man betrachtet sie vielmehr als abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Lage im Reich wird die Situation in Preußen in der Öffentlichkeit viel besprochen, und zwar deshalb, weil manche Kreise vermuten, daß der Kampf gegen die Reichsregierung über Preußen fortgeführt werden wird. Wir glauben zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum auch in Preußen vorläufig ruhen. Dieser Tage wird zunächst der Vorstand der nat.-soz. preussischen Landtagsfraktion zusammentreten und dann wird man sich entscheiden, ob die Besprechungen wieder aufgenommen werden sollen, mit dem Ziel einer schnellen Wahl des preussischen Ministerpräsidenten, oder ob man aus wahlrechtlichen Gründen es für richtiger hält, vorläufig überhaupt nichts zu unternehmen. Die Überlegungen des Zentrums dürften sich auf der gleichen Linie bewegen. Unter diesen Umständen ist die Entscheidung über die weitere preussische Entwicklung nicht vor nächster Woche zu erwarten.

Für die Reichsregierung besteht — wie aus Berlin gemeldet wird — keine Veranlassung zu schnellen Maßnahmen. Sie hat sogar für die Festsetzung des Wahltermins vier Wochen Zeit. Sind die Wahlen unter der vom Innenminister gekennzeichneten Voraussetzung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung möglich, so würde in erster Linie der 6. November in Frage kommen.

Unsicherheit wird in die Situation vor allem auch durch die ungelöste Frage beim Staatsgerichtshof hineingetragen. Bisher hat der Staatsgerichtshof noch nie eine Klage von vornherein abgewiesen, sondern die Dinge immer erst genau geprüft, und auch erst dann eine etwaige Unzuständigkeit festgestellt. Bleibt es bei dieser Praxis, so könnte schon einige Zeit vergehen, ehe eine Klärung dieser Frage herbeigeführt ist. In parlamentarischen Kreisen erklärte man zuerst, daß ein solcher Schritt einzelner Länder der Reichsmehrheit erwünscht gewesen wäre, weil es zweifelhaft war, ob der Reichstag selbst zur Anrufung des Staatsgerichtshofs legitimiert ist. Man rechnet jedoch dann nicht mehr damit, weil eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes mindestens einige Monate auf sich warten lassen würde, während die in Opposition zur Regierung stehenden Parteien erklären, sie wünschten baldige Neuwahlen und keine Verschleppung des ganzen Konfliktes.

Auch diese Dinge gehören zu dem Komplex der Probleme, zu denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen Stellung nehmen wird. Er umfaßt weiter wohl auch die Möglichkeiten, die sich für eine Änderung des Wahlrechts auf Grund des Artikels 48 ergeben. Es gibt eine Reihe von Punkten des Wahlgesetzes, in denen Änderungen möglich sind, ohne daß die verfassungsmäßige Grundlage dadurch berührt wird. Das alles aber sind Fragen, über die sich heute noch nichts sagen läßt, weil die Reichsregierung selbst sie ja zunächst einmal prüfen muß.

Politischer Mord in Potsdam

W.B. Potsdam, 14. Sept. (Priv.-Tel.) In der Rappellallee wurde gestern abend der Arbeiter Walter Meißner mit einem schweren Brustschuß beinahe tödlich aufgefunden. Im Krankenhaus ist er heute früh gestorben. Nach Feststellung der Mordkommission handelt es sich wahrscheinlich um einen politischen Mord. Meißner war früher Kommunist und ist dann zur NSDAP. übergetreten. Zwei Männer stehen in dem Verdacht, die Muttat begangen zu haben.

Gorguloff hingerichtet

W.B. Paris, 14. Sept. (Tel.) Auf dem Boulevard Arago vor dem Sankt-Germain, wurde heute früh, kurz nach Sonnenaufgang (5.52 Uhr) die Hinrichtung Gorguloffs, des Mörders des Präsidenten der Republik, Paul Doumer, vollzogen, nachdem der Präsident der Republik die Begnadigung abgelehnt hat.

Die Nachricht von der bevorstehenden Hinrichtung hatte zahlreiche Neugierige angezogen, aber eine große Absperrungskette, die 400 Meter von der Stelle, wo die Guillotine aufgebaut war, begann, ließ nur die mit besonderen Karten versehenen Personen, die der Hinrichtung amtlich beimohnen mußten, näher herankommen. Die Aufstellung der Guillotine durch die in weiße Leinenanzüge gekleideten Henkersknechte erfolgte während der Nacht. Der Hinrichtung wohnte auch ein Pope der griechisch-orthodoxen Kirche bei, der Gorguloff in den letzten Minuten seines Lebens religiösen Beistand leistete.

Auf dem Wege zur Richtstätte sprach Gorguloff viel von seiner Frau und bat seine Begleitung, man möge ihr doch sagen, daß er sie stets geliebt habe und daß er sie für alles um Verzeihung bitte, was er ihr antat. Sie möge das Kind, das sie in einigen Wochen erwartet, gut, d. h. in seiner Ideenwelt, aufziehen. Gorguloff trank noch zwei Gläser Rum, die man ihm anbot; die traditionelle Zigarette lehnte er jedoch ab. Dann umarmte er den griechisch-orthodoxen Geistlichen und bestieg das Schaffot. Noch einmal rief er aus: „Ich bitte alle um Verzeihung“. Seine letzten Worte waren: „Aufstand, Aufstand, o mein Vaterland!“ Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Bolivien ruft die Reserven zur Fahne

W.B. La Paz, 14. Sept. (Tel.) Die Jahrgänge der Reserven 1927, 1928 und 1929 sind zur Fortsetzung der Kämpfe im Chacogebiet zu den Fahnen gerufen worden. Bolivien hat den Völkerbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es nicht in der Lage sei, den Kampf einzustellen, da es sich verteidigen müsse.

Der Reichspräsident empfing heute, Mittwoch, den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Schwarzkopf, ferner den deutschen Generalkonsul in New-York, Dr. Kiep. Die Landesparteilung der Bayerischen Volkspartei ist für Freitag, den 16. September, nachmittags, nach München einberufen worden.

Die Opposition der Parteien

Ein Briefwechsel

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung spielten sich am Dienstag in Form eines Briefwechsels ab.

Reichspräsident Göring hatte diese Form der Auseinandersetzung bereits Montag abend mit dem Brief eingeleitet, den er an den Reichskanzler schrieb und in dem er die Rechtmäßigkeit der Reichsauflösung bestritt. Diesem ersten Brief des Reichspräsidenten Göring ist Dienstag nachmittags ein zweiter Brief, diesmal an den Reichspräsidenten gefolgt. Der zweite Brief Görings stützt sich auf den Beschluß des Überwachungsausschusses, in dem gegen das Nichterscheinen der Reichsregierung protestiert wird. Der Brief protestiert dagegen, daß die Reichsregierung ihr Erscheinen abhängig gemacht habe von Bedingungen. Das stelle „einen offenen Bruch der Verfassung“ dar. Der Brief enthält dann einen Appell an den Reichspräsidenten, er möge die Reichsregierung zur Innehaltung ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen anhalten.

Der Reichspräsident hat darauf in einem Brief geantwortet, der zunächst den Vorwurf des Verfassungsbruchs „mit Entschiedenheit“ zurückweist. Er trifft weiterhin die Feststellung, daß, wenn der Reichspräsident im Reichstag dem Reichskanzler das Wort ordnungsgemäß erteilt hätte, und „nach Erhalt meiner Auflösungsorder sofort die Sitzung abgebrochen“ haben würde, jede der jetzt entstandenen Schwierigkeiten vermieden worden wäre. Sobald der Reichspräsident die durch die ordnungsmäßige Reichsauflösung geschaffene Rechtslage ausdrücklich anerkenne, bestähe kein Hinderungsgrund für die Regierung, vor dem Ausschuss zu erscheinen.

Da auch der Reichsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten einen Beschluß gefaßt hat, der der Regierung wegen ihres Nichterscheins Verfassungsbruch vorwirft, hat der Reichskanzler an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fried, ein Schreiben gerichtet, das ausführt, die Einladung an Mitglieder der Reichsregierung, im Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, sei widersprüchlich. Sie sei unvereinbar mit dem Standpunkt des Reichspräsidenten Göring, daß die Regierung durch den Reichspräsidenten gestürzt sei. Wenn nach Auffassung des Reichspräsidenten die Regierung gestürzt sei, würde sie sich in Demission befinden und könnte vom Ausschuss weder eingeladen werden, noch vor ihm erscheinen. Die Zurücknahme der bisherigen Erklärungen des Reichspräsidenten sei daher die Voraussetzung für das Erscheinen der Regierung im Ausschuss.

Inzwischen hat Reichspräsident Göring auch an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er seine am Dienstag im Überwachungsausschuss zunächst nur mündlich ausgesprochene Erklärung wiederholt, daß er nun, im Gegensatz zu seiner Haltung am Montag, die Tatsache der Reichsauflösung anerkenne. Er betont aber auch hier, daß er der Meinung sei, die Abstimmungen seien der Reichsauflösung vorangegangen und die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett, ebenso wie die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen seien deshalb gültig.

Eine amtliche Erklärung

Die Reichsregierung nimmt zu der Situation, wie sie sich aus dem Briefwechsel ergibt, in einer amtlichen Erklärung Stellung. Darin wird ausgeführt:

Der Reichspräsident hat unter Mißachtung der verfassungsmäßigen Vorschriften die Verletzung der Auflösungsorder im Reichstag verhindert. Er hat erklärt, der Reichstag sei nicht aufgelöst, eine neue Sitzung anberaumt und den Reichskanzler von einem Mißtrauensvotum des Reichstags unterrichtet. Diese Haltung stelle offenen Widerstand gegen die Maßnahmen des Reichspräsidenten dar. Reichspräsident Göring hat bisher nicht mitgeteilt, daß er diesen Standpunkt geändert hat.

Auch der Reichsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat in einem Beschluß die Rechtsgültigkeit der Abstimmungen im Reichstag behauptet. Über den Zeitpunkt, an dem die Auflösung des Reichstags erfolgt, steht aber nur dem Reichspräsidenten das Entscheidungsrecht zu. Der Reichstag kann aufgelöst werden durch Verletzung der Auflösungsorder oder durch Zustimmung. Im Augenblick der Zustimmung ist die Auflösungsorder wirksam, der Zeitpunkt ihrer Wirksamkeit kann nicht vom Willen des Reichspräsidenten abhängig gemacht werden.

In der amtlichen Erklärung wird weiter ausgeführt, daß eine vorübergehende Reichsauflösung nicht zum erstenmal geschieht. Im März 1924 hat die damalige Regierung Marx zur Zeit des Reichspräsidenten Ebert den Reichstag aufgelöst, weil sich gezeigt hatte, daß eine Mehrheit über die damals erlassenen Währungs- und Wirtschaftsmaßnahmen debattieren wollte, während das Kabinett auf dem Standpunkt stand, daß die öffentliche Erörterung dieser Fragen zu einer Gefährdung von Wirtschaft und Währung führen müsse.

Das Nichterscheinen der Regierung in den Ausschüssen wird dahin erläutert, daß der Reichspräsident an der Meinung festhält, die Regierung sei gestürzt. Wenn also der Reichspräsident, der ja als Vorkämpfer des aufgelösten Reichstags gilt, die Regierung als gestürzt betrachtet, kann sie gar nicht in den Reichsausschüssen erscheinen. Die Voraussetzung für ihre Teilnahme an irgendwelchen Verhandlungen einzelner Reichsausschüsse ist also vom Standpunkt der Regierung aus die ausdrückliche Anerkennung, daß die Abstimmung über die Mißtrauensvoten und Notverordnung ungültig sind, weil zu dieser Zeit der Reichstag bereits aufgelöst war.

Die Opposition im Überwachungsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss

Der Überwachungsausschuss des Reichstags, der, wie schon gemeldet, Dienstag vormittags tagte, ohne daß die Reichsregierung erschien, nahm eine Entschlieung an, in der gegen das Nichterscheinen der Regierung Vertreter protestiert und vom Reichspräsidenten, als dem Hüter der Verfassung, hiergegen Maßnahmen gefordert werden. Angenommen wurde weiter ein nationalsozialistischer Antrag, daß die Abstimmungen im Reichstag verfassungswidrig seien und ein Zentrumsantrag, der die Auflösung des Reichstags als einen Verstoß gegen die Verfassung betrachtet. Zum Schluß wurde um möglichst baldige Bekanntgabe des neuen Wahltermins ersucht.

Auch im Auswärtigen Ausschuss erschienen keine Vertreter der Regierung. Dort wurde ein Zentrumsantrag einstimmig angenommen, in dem die Weigerung der Reichsregierung als „Verfassungsbruch“ bezeichnet wird, „gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird“.

Die Nationalsozialisten

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ veröffentlicht über eine am Dienstagmittag abgehaltene Führerbesprechung einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „Nachdem Minister a. D. Dr. Brüderlein die Bedeutung des gestrigen, für die Regierung von Papen vernichtenden Mißtrauensvotums des deutschen Volkes hervorgehoben und Reichspräsident Brüderlein über die Vorgänge im Reichstag und die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Folgerungen referiert hatte, gab Adolf Hitler die Richtlinien für die neue Phase des Kampfes bekannt, in den die nationalsozialistische Bewegung nun eingetreten ist.“

Die Regierung von Papen hat es in der Hand, auf welcher Ebene sie diesen Kampf führen will. Für welchen Tag und welche Mittel sie sich aber entscheiden möge: Die nationalsozialistische Bewegung fürchtet diesen Kampf nicht. Die NSDAP wird allen Gegnern so entgegengetreten, wie sie es nach ihren eigenen Gesetzen verdienen und erwarten müssen. Jede Unterdrückung des legalen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung wird zur Waffe, die sich gegen die Unterdrücker selbst richtet.“

Die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer umfassenden Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die Lage erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden ist. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Partei stellt. Der Kampf soll, wie die Fraktion mitteilt, nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrichtung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen. Zu diesem Zweck sei auch das Volksgesetz auf Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung eingeleitet worden. Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Kundgebung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk, in der erklärt wird, daß die Regierung durch die Auflösung des Reichstags in dem Augenblick, als er mit der ungeheuren Mehrheit von 513 gegen 82 Stimmen ihr das Mißtrauen aussprach, den Sinn des ersten Artikels der Reichsverfassung: „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ verstoßen habe. Sie habe mit dieser Auflösung bewiesen, daß sie sich gegen den Volkswillen an der Macht halten wolle. Die Sozialdemokratie stelle sich wieder an die Spitze im Kampfe um die politische Freiheit und um die sozialen Grundrechte. Sie rufe zur sozialistischen Offensive und Überwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Gehaltskürzungen, sondern durch sozialistischen Aufbau einer plannmäßig geleiteten Wirtschaft auf.

Das Zentrum

Der Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Wille auf Fortbestand einer Reichsregierung, die sich im Widerspruch zur Verfassung als „unabhängig“ erklärt und in der Volksweltung keinerlei Vertrauen habe, die Auflösung des Reichstags herbeigeführt habe. Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichstag das Recht, verordnete Notmaßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Auflösungsdekret vom 12. September hat dem Reichstag die Ausübung dieses Rechtes unmöglich gemacht. Darum widerspricht diese Auflösung dem Willen der Reichsverfassung.

Die Regierung von Papen aber ist gegen das Zusammenwirken der arbeitssuchenden Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie brauchte einen solchen Zustand, um ihre Daseinsberechtigung daraus herzuleiten. Verhandlungen des Herrn Reichsanzlers mit Vertretern breiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem wirksamen Doppelspiel benutzt worden. Statt sie zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus. Die Zentrumspartei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich begründeten, arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstag bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte.

Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung.“

Ein Aufruf Hugenberg's

Dr. Hugenberg hat im Namen der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Der schlimmste Wahlkampf dieses Jahres scheint bevorzustehen. Wir appellieren an alle nationalen Deutschen in Stadt und Land. Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Young-Plan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen und gegen die Roten ging es. Gegen das System Brüning haben wir Schwüre ausgetauscht. Es ist eine unbegriffliche Verirrung, wenn die nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Hilfe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Waffen, mit denen die Nationalsozialisten diesen blinden und unerbittlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagworte, darunter das Wort „Reaktion“. Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Bonzen. Den jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Dieser neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind.“

„Graf Zeppelin“ befand sich heute, Mittwoch, früh 6.15 Uhr (Greeim. Zeit) auf 22 Grad Nord und 18,35 Grad West, also etwa 100 Seemeilen nordwestlich Cap Blanco an der Westküste Nordafrikas. — Das Luftschiff passierte um 12 Uhr MEZ, die Kapweidischen Inseln. An Bord ist alles wohl.

Die Flieger Mitz Newcomer, Dr. Albrich und Dr. Bisculli sind Dienstagfrüh von New York aus zu einem Transozeanflug gestartet. Sie wollen versuchen, ohne Zwischenlandung nach Rom zu gelangen.

Die vermählte Fliegerfamilie Sutcliffe ist von einem englischen Schiff an der grönländischen Küste wohlbehalten geborgen worden. Die Maschine aber ist wrack. Die Geretteten sind bereits in Angmagssalik (Ostgrönland) eingetroffen.

Der Brand des Ebnite-Hotels in Gausmannsweiler (Württemberg) hat eine überraschend schnelle Auflösung gefunden. Noch am Montagmorgen wurde der Rest der Hotelbauten, Karl Haag, in Mannheim verhaftet, wohin er sich begeben hatte, um ein Alibi nachweisen zu können. Er legte ein umfassendes Geständnis ab. Haag hatte schon seit längerer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Schlichterverhandlungen in Karlsruhe

Befriedigendes Ergebnis

Der Reichsarbeitsminister ist — wie aus Berlin gemeldet wird — von der Besprechung mit den Schlichtern in Karlsruhe über die Durchführung des Anrufbelohnungsprogramms mit einem recht befriedigenden Ergebnis zurückgekommen.

Die Schlichter überreichten, was vor allem sehr ausschlaggebend ist, ausführliches Material, das zum Teil der Klärung von Zweifelsfragen, die bekanntlich recht zahlreich sind, gute Dienste leisten soll. Andererseits weist das Material auf die Möglichkeit etwaiger Mißbräuche ausführlich hin. Somit dürfte die Durchführung der Anrufbelohnung in bestimmtem Maße eine Erleichterung erfahren. Auf jeden Fall werden unter Anwendung dieses Materials die Durchführungsrichtlinien ausgearbeitet werden. Da die politische Entwicklung dabei keine untergeordnete Rolle spielt, wird noch einige Zeit vergehen. Schließlich erfahren wir, daß auch die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten vordringen wollen, um auf die Gefahren für die Lebenshaltung weiter Arbeitnehmerkreise nochmals nachdrücklich hinweisen zu können.

Die Hypothekenbanken für das Regierungsprogramm

Die in Weimar abgehaltene Vollversammlung der privaten Hypothekenbanken hat an den Reichsanzler ein Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, daß die Gesamtheit der privaten Hypothekenbanken, die mehr als sechs Milliarden Reichsmark Hypotheken, rund ein Drittel des organisierten deutschen Markkredits verwalten, einmütig die mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung ausgeprägte Ablehnung jeder weiteren Zwangsfinanzierung begrüßt. Als die berufene Vertreterin vieler Millionen kleiner und kleiner Sparer, heißt es in dem Telegramm weiter, bittet sie dringend, gegenüber allen Gegenbestrebungen an dieser Ablehnung festzuhalten. Nur wenn die Sparer für die Zukunft wieder festes Vertrauen zur Geltung der ihnen verbrieften Rechte gewinnen, können die günstigen Auswirkungen des Regierungsprogramms, von denen sich auf dem Kapitalmarkt schon Spuren zeigten, fortgesetzt werden.

Vergebung belgischer Aufträge nach Deutschland. In Ausführung des deutsch-belgischen Kontingentierungsabkommens und der darin für Deutschland vorgesehenen Kompensationen hat die belgische Regierung der nationalen Eisenbahngesellschaft empfohlen, Aufträge im Gesamtwerte von 21 Millionen Franken nach Deutschland zu vergeben. Bisher haben die belgischen Bahnen in der Hauptsache Motoren für Triebwagen, Leichtmetall auf Aluminiumgrundlage sowie verschiedene Handapparate in Deutschland bestellt.

Badischer Teil

Die Wahlen zur Landessynode

In der soeben ausgegebenen neuesten Nummer des Gelehrten- und Verordnungsblattes der badischen Landeskirche wird vom Evangelischen Oberkirchenrat das Ergebnis am 10. Juli 1932 vorgenommenen Wahl zur dritten ordentl. Landessynode veröffentlicht.

Es erhielten die kirchlich-positiven Vereinigung 85 854 Stimmen (25 Abgeordnete), Die kirchliche Vereinigung für positives Christentum und deutsches Volkstum (die Gruppe der Nationalsozialisten) 61 327 Stimmen (18 Abgeordnete), die kirchlich-liberale Vereinigung 47 190 St. (11 Abg.) und der Volkskirchenbund evangel. Sozialisten 30 516 St. (8 Abg.).

Im ganzen sind 214 887 Stimmen abgegeben worden, so daß 57 Abgeordnete in die Landessynode geschickt werden. Noch nicht ernannt sind die vom Oberkirchenrat zu bestellenden 6 Abgeordneten. Eine Übersicht des Wahlergebnisses in den einzelnen Stimmbezirken wird später veröffentlicht werden. Etwaige Einsprüche gegen die Wahlen sind unter gleichzeitiger Bezeichnung der Beweismittel innerhalb einer Frist von zwei Wochen (vom 12. September an gerechnet) beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe einzureichen.

Das Carl-Benz-Denkmal in Mannheim

Der Reichsverband der Automobilindustrie, der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, der Automobil-Club von Deutschland und der Allgemeine Schnauser-Club haben einen Ausschuss zur Errichtung eines Carl-Benz-Denkmal in Mannheim gebildet, dessen konstituierende Sitzung in Berlin stattgefunden hat. Der Ausschuss hat sich die Aufgabe gestellt, dem Autokennen an den Erfinder des Automobils durch Schaffung eines Denkmals sichtbar und dauernden Ausdruck zu verleihen. Die Finanzierung des Denkmals ist dadurch gesichert, daß die vier im Ausschuss vertretenen Verbände einen Garantiefonds in der erforderlichen Höhe gezeichnet haben.

Die Stadt Mannheim, die länger als ein halbes Jahrhundert die Wirkungsstätte von Carl Benz gewesen ist, wird den Platz am Eingang der Augustapark-Anlage am Friedhofplatz für das Denkmal zur Verfügung stellen, und es in ihre Obhut nehmen. Die Ausführung des Denkmals ist dem Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr.-Ing. Max Laeuger, übertragen worden. Als Tag der Enthüllung wurde der 16. April, der Ostermontag des Jahres 1933, festgesetzt. Der Benz-Denkmal-Ausschuss beabsichtigt aus diesem Anlaß eine internationale Zielfahrt auszuschreiben, die vom ADAC durchgeführt werden soll. In Mannheim selbst ist ein Automobil-Tourneer und ein Schönheits-Wettbewerb für Kraftwagen geplant, während der Schnauser-Club den historischen Corso wiederholen wird, an dem vor sieben Jahren in München Dr. Carl Benz noch persönlich teilgenommen hat. Alle an der Kraftfahrt interessierten Verbände der Welt sollen eingeladen werden, Abordnungen zu den Feierlichkeiten zu entsenden.

Bekämpfung des Koloradokäfers

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts hat den höheren Schulen sowie den Handels- und Gewerbeschulen einige Flug- und Werblätter „Achtet auf den Kartoffelkäfer“ und der „Kolorado-Kartoffelkäfer“ mit dem Erfrühen gehen lassen, die Flugblätter an einem geeigneten Platz anzubringen und das Werblättchen in allen Klassen zum Gegenstand einer zweckdienlichen Belehrung zu machen.

Aus der Landeshauptstadt

Verkehrskontrollen. Bei den in den letzten Tagen vorgenommenen polizeilichen Verkehrskontrollen, wurden mehrere Kraftfahrzeugführer betreten, die teils keinen Führerschein hatten, teils ihren Führerschein nicht mit sich führten. Wegen unvorsichtiger Fahrens mußten zahlreiche Radfahrer und Motorradfahrer angezeigt werden. Von vielen Radfahrern wird immer noch nicht beachtet, daß die Sperren der Verkehrsposten (seitliches Ausstreuen eines oder beider Arme quer zur Fahrtrichtung) auch für sie Geltung haben.

Badisches Landestheater. Als Eröffnungsvorstellung für die am Donnerstag, dem 15. September, beginnende neue Spielzeit des Landestheaters, wurde Schillers kurz- und dringvolles Jugenddrama „Die Räuber“, gewählt und von Felix Baumbach neu einstudiert. Paul Hielt wird den Karl Moor, Stephan Dahlen den Franz spielen. Die einzige weibliche Rolle der „Amalia“ wurde Dorothee Ehrhardt übertragen. In den übrigen wichtigen Aufgaben begegnen wir den Detzen Brand, Ernst Gemmede, Perz, Mienscherf, Kloeble, Mehner, Müller, Krüter, Schulze, von der Trend, ferner Kuhne und Aufr. Die Bühnenbilder erstellte Lorsten Secht, die kostümliche Ausstattung Margarete Schellenberg. — Auf die am Sonntag, dem 18. September, stattfindende erste diesjährige Neueinstudierung der Oper, Webers „Oberon“, sei besonders hingewiesen. — Im Schauspiel befindet sich als erste Erstaufführung der Spielzeit das neue Schauspiel „Reifeprüfung“, von Max Dreher, der am 25. September als einer der erfolgreichsten deutschen Bühnenschriftsteller seinen 70. Geburtstag begeht, für Ende des Monats in Vorbereitung. — Es sei noch wiederholt in Erinnerung gebracht, daß für dieses neue Spieljahr eine allgemeine erhebliche Senkung der Platzpreise in Kraft tritt, und damit eine den Zeitumständen entsprechende, sehr fühlbare Erleichterung des Theaterbesuches durchgeführt ist. Ferner möge niemand die Gelegenheit verpassen, durch eifrige Beteiligung an der Lösung des bekanntgegebenen „Theaterfilbenrätsels“ zu ansehnlichen Platzgewinnen (bis zur Höhe einer vollen Jahresmiete!) zu kommen. Für die berechnete Teilnahme ist die Zeit vom 15. September bis 15. Oktober festgesetzt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Der Witterungscharakter hat sich seit gestern nicht geändert. Eine Zylone hat an ihrer Vorderseite erneut ozeanische Luft nach Deutschland befördert, so daß der Einfluß eines von Westen gleichzeitig nähergerückten Hochdruckteiles nicht zur Geltung kommen konnte. Eine Änderung steht auch bis morgen nicht bevor. Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 231 plus 3, Basel fehlt, Rheinweiler 150 plus 5, Rehl 235 minus 4, Maxau 384 minus 2, Mannheim 252 minus 3, Caub 162 minus 5 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Mannheim, 14. Sept. Am Dienstag, den 13. September, konnte Robert Ritter, der langjährige frühere Bürgermeister von Mannheim, seinen 70. Geburtstag begehen. Dreißig Jahre war er im Amt, als er Ende März 1928 aus dem Dienst schied.

Hd. Mannheim, 14. Sept. Im Alter von 85 Jahren starb nach einem schweren Leiden Rechtsanwalt Dr. Heinrich Mahler, eine besonders in Zentrumskreisen bekannte Persönlichkeit. Von 1925 bis 1930 war er Vorsitzender des Bezirksverbandes der Bindhorst-Bünde Mannheims, seit 1929 vertrat er die Zentrumspartei im Kreisrat, 1930 übernahm er den Vorsitz im Bezirksheim Schwefelgerstadt-West und im Juli d. J. berief ihn das Vertrauen des Parteivorstandes in das Amt des Kameradschaftsführers der Badenwacht Mannheim.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	14. September		13. September	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.28	169.62	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	75.92	76.13	75.92	76.08
Italien . . . 100 L.	21.62	21.66	21.61	21.65
London . . . 1 Pf.	14.66	14.70	14.65	14.69
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	81.23	81.39	81.18	81.34
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

**Ingenieur-
schule
Weimar**
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Flugzeugbau / Flieger-
schule / Papertechnik
Eigene Lehrwerkstätten
Prospekt anfordern

FESTHALLE
Samstag, den 17. Septbr., 20 Uhr
Gast-Symphonie-Konzert
Generalmusikdirektor: FRITZ BUSCH mit seinem
Dresdener Orchester
unter Mitwirkung der Stuttgarter Pianistin Johanna Lohr
Händel • Chopin • Adolf Busch • Wagner • Mozart
Karten zu 1,65, 2,20, 2,75, 3,30, 4,40 und 5,50 RM. (für
Kammermusik - Abonnenten ermäßigt bei Bielfeld am
Marktplatz und bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 81


Badisches Landestheater
Donnerstag, 15. Sept. 1932
* D 1 (Donnerstagnote)
Th.-Gem. 201—300
Neu einstudiert
Die Räuber
Trauerspiel von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ehrhardt, Brand, Dahlen,
Ernst, Gemmede, Hera, Hielt,
Mienscherf, Kloeble, Kuhne,
Mehner, P. Müller, Krüter,
Schulze, v. d. Trend, Aufr
Anfang 20 Ende nach 23
Preise B (0,60—3,90 RM.)
Fr. 16.9. Schneider Wibel.
Sa. 17.9. Die Regiments-
tochter. So. 18.9. Neu ein-
studiert: Oberon.

**Staats- und
Gemeindebehörden**
sind unsere Abonnenten.
Wollen Sie diese auf Ihre
Firma aufmerksam ma-
chen, so inserieren Sie
in dem offiziellen Organ
der bad. Regierung der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 37

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 215

14. September 1932

Die Reichartshäuser Zent

Im Kleinen Odenwald, dem Gebiete zwischen Waibstadt-Neckarbischofsheim und Neckargemünd-Eberbach, lagen die Hochgerichtsverbände zweier sogenannter Zenten, der Reichartshäuser und Neckesheimer oder nach Lage am Neckar der „Oberen“ und „Unteren“ Zent. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts war die Rechtsverfassung der Ortsgemeinden in der Zentverfassung niedergelegt.

Interessant ist nun die Entwicklung der Gerichtsbarkeit in diesen Zenten. An der Spitze der Zent stand der von allen Zentgemeinden gewählte Zentgraf als oberster Richter, dem eine Anzahl gewählte Schöffen zur Seite stand. Dieses Zentgericht hatte ursprünglich über sämtliche leichte und schwere Vergehen zu richten. Wie man die freien Bauern durch „Kluge“ Staatsverträge seitens der Kurpfalz, dem späteren Inhaber der beiden Zenten, um ihre natürlichen und angestammten, sowie verbrieften Rechte brachte, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Ursprünglich gingen die beiden Zenten im Neckargebiet unmittelbar vom Reich zu Lehen. Im 14. Jahrhundert erscheinen in der Neckesheimer Zent zum erstenmal der übliche Träger des lehnbaren Richteramtes, der Zentgraf, und zwar aus bürgerlichem Stande, dem etwa 100 Jahre später bürgerliche Schöffen zugeteilt waren. Die Reichartshäuser Zent, Stüber Zent genannt, besaß eine eigene, dörfliche Gerichtsstube in Reichartshausen, wurde 1360 an einen der reichsten und mächtigsten der damaligen oberrheinischen Herren, Engelhart von Hirschhorn, verpfändet. Noch im Sommer 1416 bekundet Bürgermeister Heinz Restner zu Reichartshausen mit dem Zentschöffen Heinz Ernst von Hirsbach, Nickel Widenand von Reichartshausen, Cunz Wisser von Schwanheim, Großheinz von Daudenzell, Heinz Bruß von Schwarzach, daß Hans Eberhart von Hirschhorn die Stüber Zent inne habe.

Bereits am 6. Oktober desselben Jahres läßt Kurfürst Ludwig III. von der Pfalz vom Zentgericht, bestehend aus dem Zentgrafen Martin von Daudenzell, den Zentschöffen Bod und Großklaus von Effenbach, Hans Smid von Reichartshausen, Nickel Wigel von Schwanheim, Bürgermeister Hebel von Neunkirchen, Hans Sieder von daselbst, Cunz und Wotwig Wigel von Cutenbach, Claus Fessel von Breitenbrunn und Claus Schultzeis von Uglasterhausen urchundlich seine Zentherrschafft anerkennen und unterstellte sie der Vogtei Seidelberg. Jedenfalls hatte der Kurfürst durch Waffengewalt die beiden Zenten an sich gebracht.

Zur Reichartshäuser Zent gehören 19 Gemeinden: Uglasterhausen, Asbach, Vargen, Breitenbrunn, Daudenzell, Effenbach, Hirsbach, Cutenbach, Haag, Helmstadt, Michelbach, Moosbrunn, Neckartalbach, Neunkirchen, Reichartshausen, Reichenbuch, Schwanheim mit Altemühl und Kleutersbach, Schwarzach und der Weilerhof bei Uglasterhausen. In dem 1430 erlassenen Zentweistum über die kurpfälzischen Zentrechte wurde jeder Auflauf, Waffengeschrei und blutige Handel mit schweren Geldstrafen geahndet. Im Kriegsfalle, d. h. wenn die Reichartshäuser Zent angegriffen wurde, sammelte sich das ganze Zentvolk beim Zentgrafen, der mit zwei Zentschöffen den Haufen anführte. Jedes Dorf stellt einen Karren zum Nachführen der Lebensmittel, gleichfalls besitzt der Zentgraf und die beiden Schöffen einen Lebensmittelwagen, der den andern immer vorausfahren muß. Jeder Zentmann war verpflichtet, Mörder, Diebe, Nachbrenner, Heher und Verräter zu verhaften und zum Zentgrafen zu bringen. In Reichartshausen stand der Galgen für die Todesstrafen. Brot- und Fleischbeschau, Weberlöhne, Wein- und Ellenmaß, Kauf von verseuchtem Vieh, Spiel waren genau geregelt. Die Rechtsverhältnisse in diesem Weistum waren für die Zenteinwohner tragbar.

Dieses einigermaßen patriarchalische Verhältnis änderte sich schlagartig im 16. Jahrhundert. Das neue Zentweistum von 1588 verlangt schon das Geleitsrecht, die Oberaufsicht über die Waldgemarkungen aller Zentorte und das Recht auf die hohe Jagd. Die alte Landsfolge der Angehörigen der Zent bei kleineren Streitigkeiten wurde nun zu einem größeren Heeresaufgebot nach auswärts umgestaltet. Weiterhin wurde die Verurteilung bei Gerichtsurteilen nach auswärts verboten und die niedere Gerichtsbarkeit der Vogtsjunkere einer Zentaufsicht unterstellt. Im Staatsvertrag von 1560 wurden die wenigen noch vorhandenen Gerechtsame der Ritterschaft aufgezählt. So durften z. B. die Junker beim Wolfjagen von den Zentdörfern alle gefundenen Untertanen, bis auf die dörflichen Feuerwachen, in Anspruch nehmen, um diese schädlichen Tiere zu erlegen.

Zwischen Kurpfalz und Vogtsjunkern war nun die Gerichtsbarkeit genau geregelt, so daß die Selbständigkeit der bürgerlichen Hochgerichtsgemeinden entbehrlich geworden war. Damit setzte der letzte Abschnitt in der Geschichte unserer Reichartshäuser Zent ein. Im Anfang des 18. Jahrhunderts war noch der Keller des Schlosses Dielsberg der unmittelbare Vorgesetzte des Reichartshäuser Zentgrafen, bis durch die Zentgemeinden gewählt wurde. Ende des 17. Jahrhunderts hatte der Kelleramtmann auf

Schloß Minneburg und Schwarzach zugleich das Amt des Reichartshäuser Zentgrafen inne, die Gerichtsgemeinden hatten so die Wählbarkeit des Zentgrafen und im 18. Jahrhundert hatten auch die von den Gemeinden noch gewählten Zentschöffen in bürgerlichen wie in Strafsachen nichts mehr zu sagen. Aus der ursprünglich älteren genossenschaftlichen Rechtsform wurde eine jüngere, herrschaftliche ausgeprägt.

Was wurde aus dem Reichartshäuser Zentwald, dem Zentvermögen? Neben den nicht unbeträchtlichen Gemeindegeldern, die die Bürger nutzen lieferten, besaßen die 19 Zentgemeinden eine gemeinsame Waldmark, die Stüber Zent- oder Landsallmend, die sich ursprünglich von Reichartshausen zwischen den Zentgemeinden Michelbach, Schwanheim, Rindach östlichwärts bis nach Kleutersbach, Neckarwimmersbach, Rodenau an den Neckar hinabzog. Bis 1416 gehörte diese große Gemeindegeldmark allen Zentgemeinden. In diesem Jahr nimmt die Kurpfalz, jedenfalls durch Krieg, Besitz von der Reichartshäuser Zent und in späterer Zeit finden wir auf einmal diese Waldmark geteilt. Der nördliche Zipfel heißt jetzt „Kurpfälzischer Domänenwald“ und der südliche Zipfel ist unser bekannter „Stüber Zentwald“, in dem die 19 Gemeinden ihren Holzbedarf decken konnten und aus dem sie die verschiedenartigen Holzabgaben an die Kellereien und Armen leisteten.

Mit den Anfängen des Kapitalismus im 19. Jahrhundert war man mit dieser gemeinsamen Landsallmend, die einen nicht unbeträchtlichen kollektiven Rückhalt den Gemeinden bot, nicht mehr zufrieden. Die Gemeinden teilten 1822 den Stüber Zentwald und das gesamte Zentvermögen; jede Gemeinde bekam ihren genauen Anteil; doch ging das nicht ohne langwierige Verhandlungen ab. Nun waren die Gemeinden Eigentümer ihrer Anteile, welche zum Teil bereits den Besitzer gewechselt haben.

H. Pfäferser, Mörtelstein a. N.

Litauisches Sprachinseln in Baden

Dieses Inselchen, sicher nur wenig bekannt, ist zwar nur auf seiner Südseite von Wasser bespült. Es ist ein Teil der in den letzten Jahren oft genannten badischen Gemeinde Büdingen am Hochrhein. Diese ist nicht nur geographisches, sondern in dieser Hinsicht auch ein sprachliches Kuriosum. Hier zogen vor 25 bis 30 Jahren mehrere Familien aus dem damals noch deutschen Memelland, aus den Kreisen Tilfit, Hedeberg und Memel zu, die unter Führung eines Geistlichen den zweiten Weg von der Nordostgrenze Deutschlands an die Südgrenze fanden. Sie bauten eine turmlose Kirche, eigentlich einen Bethsal, unmittelbar an der schweizerischen Grenze der badischen Exklave Büdingen und kauften billiges Baugelände, worauf sie einfache Häuser im Stil ihrer Heimat errichteten. Sie sprachen deutsch, aber nur im Verkehr mit ihren neuen Dorfgenossen, unter sich jedoch litauisch. Dabei erzählen sie nie richtig, warum sie eigentlich eine neue Heimat gesucht haben; anscheinend hatten religiöse Gründe mitgespielt. Auch ihre Namen haben, neben einigen ganz deutschen, wie Wetzmann und Schiller, litauischen Klang. Es gibt da Namen wie Kaspareit, Kallweit, Viektis, Denkis, Bredies, Kurmis, Millereit, Ballaus, Venkus, Gerau, Leckna, Alstinat, Ohas, Rannik und aus Kuffische anflingend, wie Urbschajitis, wobei die Schreibweisen manchmal noch wechseln. Es ist unmöglich, die Namen im familienkundlichen Unterricht zu erklären. Die gebräuchlichen Hilfsmittel verlagen.

Manche unbekannte Sitten kam ins Dorf, auch in die Arbeit der Landwirtschaft manch fremder Brauch. Arbeit fanden die Zugewanderten in dem nahen Schaffhausen genug, ihre Häuser verschönerten sie, neue wurden gebaut, und die Kolonie wuchs durch Kinderzugen. Die Kinder nahmen natürlich den alemannischen Dialekt an, zum Teil auch die Erwachsenden im Verkehr mit ihren Nachbarn. In der Schule fielen die Flachköpfe mit den blauen Augen auf, und erst dieser Tage sagte mir ein kleiner der litauischen Zahlen bis 20 auf; seine Großmutter habe sie ihm gelehrt. Und das ist nun das Eigenartige: Die litauische Sprache hat sich bei ihnen erhalten bis heute; die Kinder lernen sie von den Alten, und diese halten zäh an ihr fest. Manche beziehen noch immer Zeitungen aus ihrer Heimat, z. B. „Kaujasis Tilt'es Keleivis“, die ganz litauisch gedruckt ist und nur auf der letzten Seite den vorgeschriebenen deutschen Vermerk trägt: Druck und Verlag Buchdruckerei „Lituanica“, Tilfit. Für die Schriftleitung verantwortlich i. B. E. Jagomast, Tilfit.

Die Kolonisten, wenn man sie so nennen darf, hängen mit großer Liebe an dem geistlichen Führer, der nun schon lange gestorben; in manchen Stuben findet sich sein Bild. Rührendes wird aus den ersten Tagen des Einzugs erzählt. In Zelten hätten die Familien geschlafen, bis sie ihre bescheidenen Hütten, die sie ganz allein errichtet, gebaut. Besagte Kirche hat im Lauf der

Jahre ihre Bestimmung auch verloren, sie wurde zu einem, mehrere Wohnungen umfassenden Wohnhaus umgebaut. Zum großen Teil besuchen die lutherischen Kolonisten die evangelische Dorfkirche. Manches Besondere heben sie heute noch hervor; bei Hochzeiten umstehen die Zeugen und die übrigen Hochzeitsgäste während der Einsegnung den Altar.

Ein schöner Zug der Zugewanderten soll nicht unerwähnt bleiben, es ist ihre große Liebe und Fürsorge für das Alter. Die meisten erreichen ein hohes Alter; der älteste, zugleich auch der Dorfälteste, ist über neunzig Jahre. Und diese Alten pflegen sie, auch wenn sie nicht zur Familie gehören, mit großer Liebe, und entheben sie damit der allgemeinen Fürsorge.

Sch glaube, daß dies litauische Sprachinseln im bedächtigen alemannischen Wellenspiel noch lange bestehen bleiben wird.

Otto Weiner.

Ueberraschende Entdeckungen in den römischen Thermen von Badenweiler

In den römischen Badruinen Badenweilers, die im Jahre 1784 ausgegraben wurden und die zu den besterhaltenen römischen Baudenkmälern Deutschlands gehören, hat der Archäologe Dr. Milius unter tatkräftiger Förderung von Geheimrat Professor Dr. Fabricius, Freiburg, dem Vorsitzenden der Reichs-Römisches-Institut mit finanzieller Unterstützung der Römisch-Germanischen Kommission und des Landes Baden seit zwei Jahren neue Ausgrabungen vorgenommen, die nunmehr abgeschlossen wurden.

Die Untersuchungen führten zu überaus überraschenden Ergebnissen, die von den bisherigen Annahmen erheblich abweichen. Sie beziehen sich in erster Linie auf die Baugeschichte, die in ihren verschiedenen Bauperioden äußerst verwickelt ist, aber nunmehr als geklärt angesehen werden kann. Der Grundriß der ursprünglichen Anlage konnte durch Gegenüberstellung der mathematischen, genau errechneten Maße mit den tatsächlichen einwandfrei festgestellt werden. Hierdurch ist der ursprüngliche Bau der Badenweiler Thermen nach der Geometrie des regelmäßigen Sechsecks in angemeßener Harmonie bis ins Kleinste proportioniert. Die Anlage war ursprünglich doppelachsig-symmetrisch. Diese Grundrißlösung ist einzigartig und ohne Parallellfall. Bei den Grabungen wurden Gefäße, Ziegel, eine bronzene Gewandnadel und der Rest eines statuenähnlichen Bildes gefunden. Feingeschliffene Kalksteine dienten als Rahmen großer Glasfenster. Die nähere Darstellung und Begründung des auffeherregenden Untersuchungsergebnisses wird nach einem Vorbericht Dr. Milius als Sonderband der Römisch-Germanischen Forschungen demnächst veröffentlicht werden. Nach dem Urteil der Sachverständigen stellen die Thermen Badenweilers das wertvollste römische Denkmal in Deutschland vor.

Die Freiburger Universität im Sommersemester. Im abgelaufenen Sommersemester wurde die Universität Freiburg von insgesamt 3550 Studierenden besucht, darunter 828 weiblichen. Die Zahl der ausländischen Studierenden belief sich auf 117. Unter den reichsdeutschen Studenten nahmen die Badener mit 1072 oder nahezu einem Drittel der Studierenden den ersten Platz ein. Interessante Aufschlüsse gibt die zahlenmäßige Verteilung auf die einzelnen Fakultäten. Hier übertrifft der außerordentlich starke Andrang zur juristischen Fakultät, die mit 1480 Studierenden die weitaus größte war. Erst in großem Abstand folgen die rechts- und die staatswissenschaftliche Fakultät mit 815, die philosophische mit 496, die naturwissenschaftliche mit 472 und ganz am Schluß erst die theologische Fakultät mit 287 Studierenden. Die Zahl der Hörer betrug 185, davon 62 Hörerinnen. Die Not der Zeit findet in der Abkehr der akademischen Jugend vom rein wissenschaftlichen bzw. wissenschaftlichen Studium und dem starken Zustrom zu Berufen, die im Brennpunkt des praktischen Lebens stehen, einen überaus starken Ausdruck.

Vom Pforzheimer Neuhilf-Museum. Kürzlich fand im Neuhilf-Museum in Pforzheim eine Sitzung des Stadt. Ausschusses für Archiv, Sammlungen und Volksbibliothek unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Gumbert statt. Der Ausschuss beschäftigte sich mit der dringend notwendigen Instandsetzung des Stadt. Sammlungsgebäudes am Schloßberg mit der Frage, ob bei dieser Gelegenheit einige Ausbauten und Veränderungen vorgenommen werden können. Die Kosten der Instandsetzung und des Umbaus betragen etwa 40 000 M.; dieser Betrag ist fast vollständig aus Mitteln vorhanden, die für diesen Zweck zurückgelegt wurden. Der Ausschuss kam zu dem Beschluß, die vorliegenden Pläne dem Stadtrat zur Genehmigung zu empfehlen.

Nationaltheater Mannheim. Intendant Maish hat das soeben vollendete Drama „Marneschlacht“ von Paul Joseph Cremers, dem bekannten Essener Publizisten, zur alleinigen Uraufführung am Nationaltheater Mannheim angenommen. Die Aufführung wird noch in der ersten Hälfte der eben beginnenden Spielzeit erfolgen.

Das Stadttheater Freiburg beginnt nach kaum einmonatiger Sommerpause am heutigen 14. September die Winterpielzeit, und zwar ist als Eröffnungsvorstellung „Ariadne auf Naxos“ vorgesehen. Das Schauspiel bringt zum 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns dessen „Weber“ neu heraus. Als nächste Uraufführung wird am 30. September — einen Tag nach der Dresdener Uraufführung — Eugen d'Albert's nachgelassene Oper „Mister Wu“, herauskommen.

8. Deutsches Regerefest in Baden-Baden. Am 1. und 2. Oktober findet in Baden-Baden das 8. Deutsche Regerefest statt. Als Solisten wurden Rudolf Serkin, Magda Spiegel, Arno Landmann, Hans Bruch und Rene Weiler-Bruch verpflichtet. Die künstlerische Gesamtleitung hat Generalmusikdirektor Ernst Neuhilf. Am Sonntag, den 1. Oktober, beginnt das Fest mit einem Festvortrag von Professor G. Stein, Biel, „Persönliche Erinnerungen an Meyer“, der von Orgelvirtuosen Arno Landmanns umrahmt ist. Am Abend ist das erste Orchesterkonzert mit Rudolf Serkin als Solisten. Die Morgenveranstaltungen am Sonntag bringt als Solisten die Altistin Magda Spiegel und an den Klavieren Hans Bruch und Rene Weiler-Bruch. Orchester: das Streichquartett des Städtischen Orchesters. Abends findet das zweite Orchesterkonzert mit Magda Spiegel als Solistin statt.